

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Mittwoch, 25.06.2014 in der ehemaligen Sparkasse - Hauptstr. 134 - in Stadtprozelten**

### **Anwesende:**

#### **1. Bürgermeisterin**

Frau 1. Bürgermeisterin Claudia Kappes

#### **2. Bürgermeister**

Herr FD Walter Adamek

#### **3. Bürgermeister**

Herr Rainer Kroth

#### **Mitglieder Stadtrat**

Herr Marco Birkholz

Herr Frank Dümig

Herr Christian Johne

Herr Hartmuth Piplat

Herr Roland Sacher

Herr Sven Schork

Frau Manuela Tauchmann

### **Entschuldigt:**

#### **Mitglieder Stadtrat**

Frau Regina Markert

Herr Wolfram Meyer

Herr Thomas Schreck

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 23:00 Uhr

1. Bgmin. Kappes eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll wurden nicht erhoben.

TOP 1 BAUANTRAG LANGE THEILE 7 - WOHNHAUSNEUBAU

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung dem Gremium zur Kenntnis.

Der Stadtrat nahm Einsicht in die Planunterlagen (diese gingen im Vorfeld auszugsweise per Email zu).

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt dem Bauantrag der Eheleute Steiler Carina und Andreas, Wasenfeld 7, 97896 Freudenberg – Rauenberg, zum Wohnhausneubau mit Garage auf dem Grundstück Fl.Nr. 1896/68, Gemarkung Stadtprozelten zu.

Hinsichtlich der Überschreitung der Festsetzung im Bebauungsplan „Lange Teile“ bezüglich der Anzahl der Vollgeschosse wird Befreiung gem. § 31 Abs. 2 BauGB erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Mitglieder</b>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. Stimmrecht	<b>für</b> den Beschluss	<b>gegen</b> den Beschluss
13	10	<b>10</b>	<b>0</b>

TOP 2 BESCHLUSSFASSUNG TEILNAHME ALS MODELLKOMMUNE "BAYERN BARRIEREFREI 2023 - BAU UND VERKEHR"

Bgmin Kappes führte hierzu aus, dass Frau Kircher von der Regierung von Unterfranken uns als eine von zwei Kommunen in Unterfranken als Modellkommune zum Thema Barrierefreiheit etablieren konnte.

Für dieses Modellvorhaben der Bayer. Staatsregierung konnte man sich nicht bewerben – man wurde ausgewählt.

Die Kosten der Studie sollte durch den Förderbetrag von 20.000,00 € gedeckt sein. Es ist soweit kein Eigenanteil der Kommune erforderlich.

Am 24.06. war bereits ein erstes Vorstellungsgespräch des Vorhabens bei der Obersten Baubehörde in München.

Hierzu ist noch ein Beschluss notwendig.

Zudem ist es notwendig ein Planungsbüro umgehend zu beauftragen, da der Zeitplan sehr eng gestrickt ist. Bis Jahresende soll das Konzept mit Bürgerbeteiligung abgeschlossen sein. Das Auswahlverfahren läuft bereits evtl. kann hier auch in nichtöffentlicher Sitzung bereits ein Beschluss gefasst werden.

Die Informationen von Frau Kircher gingen dem Stadtrat bereits mit der Sitzungsladung zu.

2. Bgm. Adamek, der am gestrigen Vorstellungsgespräch in München mit der Verwaltung teilgenommen hat, gab ein kurzes Resümee von der Informationsveranstaltung. Zusammenfassend erklärte er, dass dieses Konzept

zu einem Leitfaden und einem Förderprogramm in 2016 führt. Zudem merkte er an, dass es sich fast ausschließlich um die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum handelt; allerdings sollen auch Schnittstellen (betreten von Geschäften etc.) mitberücksichtigt werden.

Auf die Frage von Stadtrat Dümig bezüglich der Kostendeckung, erklärte 1. Bgm. Kappes, dass diese vom als Zuschuss (20.000,00 €) gedeckt sein dürften.

Stadtrat Piplat fragte nach, ob diese Studie auch repräsentativ sei?

2. Bgm. Adamek führt aus, dass insgesamt 16 unterschiedliche Kommunen aus dem Städtebau an dieser Studie teilnehmen und dies als Grundlage für das geplante Förderprogramm 2016 sein soll. Es dient der Staatsregierung vor allem zur Umfangabklärung und Kosteneintaktung.

Stadträtin Tauchman merkte an, dass es hier erst einmal um die Förderantragstellung ginge und das Konzept erst noch komme.

Abschließend gab Bgmin. Kappes die vorliegenden Angebote dem Stadtrat zur Kenntnis:

Planungsgruppe Darmstadt	25.211,34 €
vogel:plan, Darmstadt	23.731,97 €
Büro Neu, Darmstadt	19.920,60 €.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt, als Modellkommune an der Modellphase zum Projekt „Bayern barrierefrei 2023 – Modul Bau und Verkehr“ der Obersten Baubehörde – Bayer. Staatsministerium des Innern teilzunehmen und eine entsprechende Planung zu beauftragen bzw. durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Mitglieder</b>		<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Gesamtzahl:	Anwesend u. Stimmbe-rechtigt	<b>für</b> den Be-schluss	<b>gegen</b> den Be-schluss
13	10	<b>10</b>	<b>0</b>

**TOP 3 BENENNUNG EINES WEITEREN MITGLIEDES/STELLVERTRETER IM SCHULVERBAND DORF-/STADTPROZELTEN**

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung dem Gremium zur Kenntnis:

In der Schulverbandssitzung am 04.06.14 wurde beschlossen, dass die beiden Mitgliedsgemeinden ab 01.07.2014 unter Zugrundelegung von Art. 9 Abs. 3 Satz 3 BaySchFG bis einschl. 50 Kinder die die Verbandsschule aus der jeweiligen Gemeinde besuchen einen weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung entsenden können. Bei mehr als 50 Kindern ist Art. 9 Abs. 3 Satz 2 BaySchFG anzuwenden.

Unter Anwendung der Sätze 1 und 2 besteht die Schulverbandsversammlung derzeit nur aus den beiden Bürgermeistern der beiden Mitgliedsgemeinden und einem weiteren Vertreter aus Dorfprozelten, da Stadtprozelten 49 und Dorfprozelten 51 Kinder in die Verbandsschule entsendet. Sollte zum Stichtag 01. Oktober (eines jeden Jahres) auch Dorfprozelten unter die 50-Kinder-Grenze rutschen müsste Dorfprozelten seinen zusätzlichen Vertreter abberufen (Art. 4). Der Schulverband würde dann nur noch aus den beiden Bürgermeistern bestehen.

Um dies zu vermeiden wurde dem Schulverband (und damit auch den beiden Mitgliedsgemeinden) nahegelegt, von oben genannter Bestimmung nach Satz 3 des Art. 9 Gebrauch zu machen und weitere Vertreter zu ermöglichen.

Es wurde vorgeschlagen bis einschl. 50 Kinder zusätzlich zum Bürgermeister je 1 Vertreter zu benennen und ab 51 Kinder („mehr als 50“) jeweils einen weiteren Vertreter.

Dies bedeutet nun, dass nach der jetzigen Konstellation Stadtprozelten 1 +1 = 2 und Dorfprozelten 1 +2 = 3 Vertreter in den Schulverband entsenden.

Die Verwaltung bittet daher um die Entsendung eines weiteren Mitgliedes für den Schulverband Dorf-/Stadtprozelten inklusive eines Vertreters.

Es besteht keine Bindung an den in Art. 33 Abs1 Satz 2-5 KommZG vorgeschriebenen Proporz. - Es besteht auch keine persönliche Beteiligung nach Art. 49 GO.

Bgmin. Kappes bat um entsprechende Vorschläge.

2. Bgm. Adamek schlug Stadträtin Markert in Abwesenheit vor.

Stadtrat Piplat schlug Stadträtin Tauchmann vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht.

Nach entsprechenden Abstimmungen (5 : 5) kam kein Ergebnis zu Stande. Daraufhin wurde per Losentscheid – Stadtrat Johne warf eine Münze – entschieden.

Das Los viel auf Stadträtin Tauchmann.

Stadträtin Tauchmann nahm das Ehrenamt an.  
Stadträtin Markert soll die Stellvertretung erhalten.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten entsenden als weiteres Mitglied in den Schulverband Dorf-/Stadtprozelten Frau Manuela Tauchmann.  
Als Vertretung wird Frau Regina Markert benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Mitglieder</b>		<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
<b>Gesamtzahl:</b>	<b>Anwesend u. Stimmbe-rechtigt</b>	<b>für den Be-schluss</b>	<b>gegen den Be-schluss</b>
13	10	<b>10</b>	<b>0</b>

**TOP 4 BEKANNTGABE ANTRAG TEMPO 30 IN DER HAUPTSTRAÙE**

Der Antrag auf Tempo 30 in der Hauptstraße vom 05.05.14 lag zur Sitzungs-ladung als Anlage bei – sowie der letztmalige Antrag mit Schriftverkehr der SPD-Fraktion aus 2012 und älter.

Der Antrag von Frau Roos ging an das Straßenbauamt Aschaffenburg sowie an das Innenministerium.

Bgmin. Kappes merkte an, dass die Stadt diesen Antrag befürwortet; aller-dings habe sich an der Sach- und Rechtslage wenig geändert und verwies auf die bereits ablehnenden Bescheide aus der Vergangenheit.

Stadtrat Johne stellte auf das rechtliche Verfahren ab. Man müsse hier auf die Paragraphen (§ 45 StVO) abstellen und dürfe den Bürger keine falschen Hoffnungen machen.

Seiner Ansicht nach stelle dieser Antrag hauptsächlich auf eine Lärmberuhi-gung ab.

Stadträtin Tauchmann sprach die Erschütterungen durch den Straßenver-kehr in der historischen Bausubstanz an. Man sollte sich zudem Alternativen zum § 45 StVO überlegen.

Stadtrat Piplat war der Meinung, dass man sich nicht mit den derzeitigen Verhältnissen zufrieden geben dürfe. Schließlich geht es um ein erträgliches Leben in der Altstadt. Um die Bürger dort zu halten müsse man die richtigen Argumente für eine zukünftige Entwicklung finden.

Bgmin. Kappes sprach an, dass das Straßenbauamt wohl auch bereit wäre evtl. in Lärmschutzmaßnahmen zu investieren (Flüsterasphalt etc.); aller-dings müsste die Stadt hier die Garantie (über 10 Jahre) für ein intaktes Wasser-/Kanalsystem geben, damit die Straße vorerst nicht mehr angetastet wird. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Investitionen und der zu-künftigen Umgestaltung der Hauptstraße schwer möglich und nicht sinnvoll.

Stadtrat Schork war der Ansicht, dass man mit zusätzlichen Argumenten bezüglich der Engstellen (Gehsteige) argumentieren und damit evtl. einen Teilbereich z.B. am Kindergarten ausbremsen könne.

Stadträtin Tauchmann führte ebenfalls an, dass seit 2009 und mit der Frei-gabe der Ortsumfahrung Faulbach das Verkehrsaufkommen, besonders LKW's, erheblich gestiegen sei. Sie habe vermehrt Schäden an ihrem Haus durch Fahrzeuge, die auf den Gehsteig ausweichen und an ihrer Hauswand hängen bleiben.

Stadtrat Sacher schloss sich dieser Ansicht, des vermehrten Verkehrsaufkommens an.

Bgmin. Kappes gab zu bedenken, dass diese Argumente alle schon einmal aufgeführt wurden und keinen Erfolg zeigten.

Stadtrat Johne fand die Aussage der SPD-Fraktion, sich nicht mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden gut. Allerdings sehe er die Argumentationsprobleme hinsichtlich der Zuständigkeit (Staatsstraße) und dem Rechtsanspruch.

Stadtrat Dümig fragte nach, ob man nicht mit entsprechendem politischem Druck hier etwas erreichen könnte.

Bgmin. Kappes merkte an, dass damit beim Staatliche Bauamt nichts zu erreichen sei.

Stadtrat Piplat bat die Güter abzuwägen. Der Ort dürfe nicht unter dem Verkehr leiden. Auch er schlug vor, die politische Ebene zu aktivieren.

Stadtrat Schork gab zu bedenken, dass es Orte mit viel mehr Verkehr (z.B. Rück) gibt und auch dort nur eine Kurzstrecke mit Tempo 30 erreicht wurde.

2. Bgm. Adamek führte aus, das aufgrund der gerade geführten Diskussion die Auslagerung des Verkehrs aus der Altstadt – wie vorgesehen – die einzige sinnvolle Alternative sei. Selbstverständlich sollte man ansonsten alles versuchen, was rechtlich möglich sei.

Stadtrat Dümig schlug vor, evtl. auch andere Maßnahmen wie z.B. Verkehrsüberwachung, Blitzersäule etc. in Erwägung zu ziehen.

Stadtrat Johne merkte an, dass eine Blitzersäule wie in Freudenberg in Bayern gesetzlich nicht erlaubt sei.

Bgmin. Kappes führte an, dass wenn – was auch vorgeschlagen wurde, einer Kommunalen Verkehrsüberwachung beitreten sollte, dies auch Kosten verursacht.

Stadtrat Schork fragte nach, ob es Daten zu Lärmmessung gebe?

Bgmin. Kappes erklärte, dass die Verkehrsdaten dem Straßenbauamt vorliegen und man diese vom Straßenbauamt anfordern sollte. Ansonsten schlug sie vor, die offizielle Stellungnahme der Ämter abzuwarten.

Abschließend kam man im Gremium dahingehend überein, die neuesten Zahlen (nach Öffnung der Ortsumfahrung Faulbach) über das Verkehrsaufkommen und dem Lärm beim Straßenbauamt anzufordern. Zudem soll die Stellungnahme der Ämter abgewartet werden. Danach soll die Angelegenheit nochmals im Gremium beraten werden.

TOP 5 ANTRAG FREIWILLIGE FEUERWEHR STADTPROZELTEN - SCHLAUCHTROCKENANLAGE

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung dem Gremium zur Kenntnis:

Mit Schreiben vom 11.06.2014 bittet die Freiwillige Feuerwehr Stadtprozelten um die Beschaffung einer Schlauch-Schrägtrocknung.

Seitens der FFW wurde geprüft, ob mittels einer Behelfslösung das Trocknen der eingesetzten Schläuche sichergestellt werden kann. Jedoch wird beim Eigenbau einer Schlauchrocknung das Risiko gesehen, dass die notwendigen gesetzlichen Vorschriften und Normen nicht vollständig sichergestellt werden können und die Anlage möglicherweise bei einer Prüfung, z.B. durch die Feuerweherschule nicht abgenommen werden kann. Auch die Möglichkeit, die Schläuche in Bürgstadt oder Collenberg reinigen und reparieren zu lassen, wurde bereits verworfen.

Da somit derzeit im neuen FFW-Haus keine geeignete Ausstattung vorhanden ist und eine Trocknung der Schläuche nach Gebrauch – gerade auch, um eine akzeptable Halbwertszeit der Schläuche zu erreichen – zwingend notwendig ist, wird um die Beschaffung einer Schlauch-Schrägtrocknung gebeten.

Eine entsprechende Information/Angebot über eine Schlauch-Schrägtrocknung liegt vor:

Fa. Barth, Fellbach	2.455,00 € netto.
Fa. Mahr, Würzburg	2.140,00 € netto.

Zu diesem TOP waren von der Feuerwehr Herr Eyrich und Herr Hock anwesend.

Herr Eyrich führte aus, dass aus Sicht der FFW eine Anlage zur Trocknung von 8 B-Schläuchen (20 m) und 8 C-Schläuchen (15 m) ausreichend (entspricht der Variante HV 16 im Prospekt) wäre. Derzeit werden die Schläuche auf dem Boden im Hof getrocknet.

Zudem merkte er an, dass die Schläuche schon sehr alt seien und auch hier eine Auswechslung anstehe. Weiterhin wäre es hilfreich, wenn man bis zur Anschaffung einer Schlauchrocknung den alten Trockenturm im alten FFW-Haus nutzen könnte.

Bgmin. Kappes sicherte dies zu. Der Schlüssel für das alte FFW-Haus kann in der Verwaltung abgeholt werden.

Stadtrat Piplat merkte an, dass nicht nur die Schläuche, sondern auch das TLF in die Jahre gekommen ist. Es sei schwer für das TLF Ersatzteile zu finden und zudem stehe der TÜV an. Er führte weiter aus, dass der Antrag der FFW bereits seit Oktober 2013 vorliegt und bisher nicht behandelt wur-

de. Auch sehe er die Schwerpunkte aus diesem Antrag anders. Seiner Ansicht nach, müsse man diese zusammen mit der FFW klar abstecken und mittelfristig umsetzen.

Bgmin. Kappes verwies diesbezüglich auf die vergangene Sitzung des Finanzausschusses. Zudem stehe auch ein Gespräch zusammen mit beiden Feuerwehren aus um sinnvoll agieren zu können.  
Für dieses Jahr habe man die Anschaffung der Drehleiter, mit nicht unerheblichen Kosten, vorgesehen. Weitere Anschaffungen müsse man jetzt abwägen.

Stadtrat Piplat sprach sich für eine gesonderte Beratung für die FFW aus.

Stadtrat Dümig bat um mehr Informationen und regte zudem an, auch bei der FFW den ILEK-Gedanken – z.B. einheitliche Wehr für den Südspessart – anzudenken.

Er fragte weiterhin nach, ob der Aufbau der Schlauchrocknung durch die FFW selbst durchgeführt wird.

Herr Eyrich erklärte, dass dies der Fall sei.

Die Vergabe erfolgte im nichtöffentlichen Teil.

## TOP 6 BERICHT DER BÜRGERMEISTERIN

### a) Reparaturen ST 2315

Bgmin. Kappes führte aus, dass das Straßenbauamt in Kürze mit den Reparaturarbeiten am Friedhof – Höhe Anwesen Familie Kuhn – beginnt. Im Anschluss an diese Baustelle wird auch die Schadhafte Stelle (Absenkung) in Höhe der VGem./Apotheke behoben. Bei beiden Baustellen wird eine Ampelregelung erfolgen. Zudem ist die Stadt bei beiden Baustellen mit Eigenkosten (Schieberangleichungen, Gehsteig, etc.) beteiligt.

### b) Haushalt 2014

Bgmin. Kappes gab bekannt, dass der Haushalt 2014 mit Bescheid vom 21.05.14 genehmigt wurde.

### c) Konstituierende Sitzung WZV

Bgmin. Kappes gab bekannt, dass bei der konstituierenden Sitzung des WZV Stadtrat Birkholz zum 1. Vorsitzenden und 1. Bgm. Hörnig aus Faulbach zum 2. Vorsitzenden gewählt wurden.

### d) Sicherungsarbeiten Ruheforst

Bgmin. Kappes führte aus, dass in der letzten Juni-Woche mit den Sicherungsarbeiten im Ruheforst begonnen wird. Die Arbeiten werden von einer Fachfirma durchgeführt. Die Arbeiten dienen zur Neuerschließung der Flächen vorne rechts am Parkplatz.

Stadtrat Piplat fragte nach, ob diese Kosten auch in der Kalkulation für die Grabplätze enthalten seien.

2. Bgm. Adamek führte aus, dass dies im Konzept beinhaltet ist.

e) Kindergartenbus Neuenbuch

Stadtrat Sacher und Schork fragten nach dem Stand in Sachen Kindergartenbus.

Bgmin. Kappes erklärte, dass nun das Taxiunternehmen Bergmann doch wieder fahren könnte; allerdings zu geänderten Zeiten. Derzeit laufe eine Abfrage bei den Eltern. Evtl. könne man am Montagfrüh den genauen Bedarf und die Zeiten abklären. Ein Punkt sei hier auch das Verhalten des Personals durch die geänderten Abfahrtszeiten am Freitag und die damit verbundenen Mehrzeiten. Ebenso müssen die Stundensätze im Kindergarten diesbezüglich geprüft bzw. angepasst werden.

f) Rinne Neuenbuch Friedhofstraße

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Pflasterrinne am Friedhof in Neuenbuch abgesackt sei. Der Bauhof soll dies in Augenschein nehmen.

**TOP 7 BÜRGERFRAGEN ZUR TAGESORDNUNG**

Zu diesem TOP meldete sich Frau Jüttner aus der Brasselburger Straße zu Wort und monierte den Kanaldeckel in der Brasselburger Straße. Zudem regte sie an, aufgrund der Kinder in der Brasselburger Straße auch hier Tempo 30 zu installieren; auch war sie der Ansicht, die Kinder aus der Brasselburg mit dem Bus in den Kindergarten fahren zu lassen. Weiterhin monierte sie die fehlenden Terminhinweise zur Stadtratssitzung im Mitteilungsblatt.

Frau Kappes Marianne vom Hofthiergarten war zudem der Meinung, auch die Kinder vom Neubaugebiet mit dem Kindergartenbus fahren zu lassen. Die Kinder sollten das der Stadt wert sein.

Bgmin. Kappes erklärte, um diesen Wunsch abzudecken müssten 3 Busse fahren. Dies sei leider bezüglich Zeit und Personal nicht zu realisieren. Bezüglich des Kanaldeckels wird der Bauhof informiert; weiterhin wird die Terminrubrik wieder in das Mitteilungsblatt aufgenommen.

Bgmin. Kappes bedankte sich bei den Zuhörern und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Es folgte eine Pause zum Lesen des aufliegenden nichtöffentlichen Sitzungsprotokolls aus den letzten beiden Sitzungen.

Einwände wurden nicht vorgebracht.

.....  
Claudia Kappes  
1. Bürgermeisterin

.....  
Wolz Regina  
Schriftführerin